



Gerda
Hasselfeldt
CSU



hasselfeldts berliner notizen

informationen zur aktuellen bundespolitik.

02.02.2015

EZB-Anleihenkäufe und Wahl in Griechenland Reformdruck auf Krisenländer muss weiter bestehen bleiben

Zwei Ereignisse auf europäischer Ebene standen in den letzten beiden Wochen im Fokus der öffentlichen Diskussion: Die Ankündigung der Europäischen Zentralbank (EZB) über den Ankauf von Staatsanleihen und der Wahlsieg der linkspopulistischen Partei Syriza in Griechenland. Wenngleich die Unabhängigkeit der EZB zu respektieren ist, ist die Entscheidung über den Ankauf von Staatsanleihen nicht richtig. Sie stellt eine Gefahr für den Reformdruck auf die Krisenländer in der EU dar, die dringend wirtschafts- und fiskalpolitische Anpassungen vornehmen müssen. Allen voran Griechenland, dessen neu gewählte Regierung sich in ihrem Ton mäßigen sollte. Sie muss sich an getroffene Vereinbarungen halten. Der von Ministerpräsident Tsipras geforderte erneute Schuldenschnitt ist keine Option.

EZB-Anleihenankäufe senden falsches Signal

Die Europäische Zentralbank kündigte am 22. Januar zum ersten Mal in der Geschichte des Euro an, im Zeitraum von März 2015 bis September 2016 Staatsanleihen aus den Euroländern anzukaufen. Zwar wurden zur Hochzeit der Euro-Krise bereits sporadisch Staatsanleihen der Mitgliedsländer erworben, um Banken zu unterstützen und die Finanzmärkte zu beruhigen. Ein systematischer Aufkauf von Schuldtiteln der einzelnen Euroländer fand bisher jedoch nicht statt. Im Rahmen der jetzt vorgenommenen sogenannten „quantitativen Lockerung“ erhöht die EZB ihre Geldmenge, um Staatsanleihen zu kaufen. Im Ergebnis erhalten die Zentralbanken der einzelnen Euroländer mehr Geld, das sie zu niedrigen Zinsen weitergeben können. Das soll die Investitionstätigkeit anregen und die Konjunktur beleben. Die EZB zielt mit diesen Maßnahmen darauf, die momentan relativ niedrige Inflation in den Griff zu bekommen. Zielwert der Inflationsrate liegt auf mittlere Sicht bei unter, aber nahe zwei Prozent. Man spricht dann von Preisstabilität. Diese zwei Prozent werden derzeit unterschritten, was die Gefahr einer sogenannten Deflation mit sich bringen könnte. Wie eine Inflation, kann auch eine Deflation - also ein Sinken des Preisniveaus - Schaden mit sich bringen, unter anderem in Form einer schrumpfenden Wirtschaft. Gleichzeitig möchte die EZB durch den Anleihenankauf die Kreditvergabe an Banken gerade in Südeuropa ankurbeln. Man muss sich die Frage stellen, ob die Entscheidung über die Maßnahmen zum jetzigen Zeitpunkt richtig ist. Wir müssen die Unabhängigkeit der EZB akzeptieren, nicht nur in politischen Schönwetterlagen. Ein Mitgrund für die geringe Inflationsrate ist jedoch der momentan niedrige Ölpreis. Ob daher tatsächlich die Gefahr einer Deflation besteht, ist fraglich. Die strukturel-

len Probleme der Krisenländer in Europa können nicht dadurch gelöst werden, indem diese immer mehr Schulden aufnehmen. Die EZB darf keinen Freibrief für Schuldenländer ausstellen. Zwar appellierte EZB-Präsident Mario Draghi an die Krisenländer, konsequent die bisher angestoßenen Reformen weiter zu verfolgen. Stabilität kann nur vor Ort durch Reformen hergestellt werden. Die EZB-Maßnahmen können aber eine Gefahr für den Reformdruck auf die Krisenländer darstellen. Wir dürfen nicht Gefahr laufen, dass die Länder, die solide wirtschaften, für Krisenstaaten haften. Die EU ist keine Schuldenunion.

Griechenland muss sich an Vereinbarungen halten

Das muss auch die neue griechische Führung verstehen. Wir akzeptieren die Regierung, der das griechische Volk in demokratischen Wahlen ihr Vertrauen geschenkt hat. Die Koalition aus der linkspopulistischen Partei Syriza unter Führung von Alexis Tsipras und den Rechtspopulisten „Unabhängige Griechen“ hat zu Beginn der vergangenen Woche ihre Arbeit aufgenommen. Die neue Führung in Griechenland muss sich allerdings an geschlossene Verträge halten. Und sie muss auf einen angemessenen Ton achten. Die Forderungen von Ministerpräsident Tsipras sind utopisch. Er verlangt unter anderem einen erneuten Schuldenschnitt für Griechenland. Ein solcher hätte allerdings kurzfristig keine Auswirkungen auf die dortige Haushaltssituation, da die Verbindlichkeiten des Landes gegenüber den europäischen Gläubigern erst ab 2022 fällig werden und zudem Zins- und Tilgungszahlungen ausgesetzt sind. Für Regierungschef Tsipras wird es kaum Spielraum für die Umsetzung seiner Wahlversprechen geben, wenn er weiter die Hilfe der europäischen Partner in Anspruch nehmen möchte. Auch ihren außenpolitischen Kurs und das Verhältnis zu Russland sollte die neue Führung überdenken. An der Tatsache, dass Griechenland dringend Reformen benötigt, ändert sich nichts. Und europäische Solidarität wird es auch in Zukunft nur mit Gegenleistung geben.

Die europäische Gemeinschaft kann durch die verschiedenen, auf EU-Ebene zur Verfügung stehenden, Instrumente gute Rahmenbedingungen für Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit in den einzelnen Staaten schaffen. Sie kann aber nicht die Strukturprobleme der Nationalstaaten lösen. Allein diese können die notwendigen wirtschafts- und fiskalpolitischen Reformen vornehmen, um die Sanierung der Staatshaushalte voranzutreiben und Solidität herzustellen. Sanierungsprozesse brauchen Geduld.